

# Die Amsel

## Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Amsel“ beträgt für In- u. Auslands-  
bezieher 1 Goldmark monatlich  
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drobstr. (Neubau).  
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und lamm Du selber kein Ganzes werden  
••••• Als dienendes Glied stehst an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für  
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen  
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.  
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

### Die angebrochte Aussperrung in Bayern beigelegt.

In der Woche zum 10. Mai hatten die bayerischen Betriebe des Arbeitgeberverbandes der deutschen feinkeramischen Industrie mittels Anschlages die Aussperrung angekündigt wegen angeblich tarifwidriger Lohnforderungen in den Betrieben, wodurch nach Meinung der Arbeitgeber die Achtung vor abgeschlossenen Verträgen wie auch die Ruhe in den Betrieben und ein wirtschaftliches Arbeiten bedenklich gefährdet wurden. Die unwahre Begründung dieser leichtfertigen Maßnahme ist in der „Amsel“ Nr. 20 schon gebührend ins rechte Licht gerückt worden. Unsere Kollegen und Kolleginnen werden sich die Einzelheiten merken und bei Gelegenheit dieses kennzeichnenden Unternehmergebahren stets wieder brandmarken. Deshalb soll heute nicht weiter darauf eingegangen werden.

Für diesmal ist wichtiger zu sagen, daß die Unternehmer sich bemühten, diesen auf falschen Tatsachen begründeten Aussperrungsbeschlus wieder ungeschehen zu machen. Durch Verhandlungen, an denen auch die Zentralleitungen beteiligt waren, wurde die angekündigte Aussperrung beigelegt. Die Meister haben den ober die Handlehrlinge wieder von den verhängnisvollen Geistern befreit.

Nach der Ankündigung hatten schon mehrfach Aussprachen, darunter auch eine unter Vermittelung des Landes-  
einigungsamtes München, stattgefunden, aber durch die Aussprachen konnten keinesfalls Konflikte geregelt und beigelegt werden. Auch nicht dadurch, daß die Unternehmer bei den Aussprachen forderten, die Aussperrten und Streikenden sollten bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Mit solchen unternahmerdorschlägen konnten sich die Arbeitnehmer nicht abfinden. Die Differenzen und die Aussperrungsandrohung bestanden demnach weiter.

Als dann der Aussperrungstermin heran kam, erging endlich an unsere Zentralleitung die Einladung zum Verhandeln, also nicht mehr zum Aussprechen. Die Organisationsleitung war damit einverstanden und sandte den Kollegen Karl, der mit der Anleitung und den Vertretern der kämpfenden Belegschaften und Personale, soweit sie anwesend waren, die Abmachungen traf, daß die Stückpreise (in Thiersheim auch die Zeitzöhne) nachgeprüft und aufgebessert werden, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden dürfen, daß die Arbeitsaufnahme möglichst sofort erfolgt, daß den noch länger Draußenbleibenden die Zeit als Urlaub angerechnet und daß Vorkurs gewährt wird. Die Firmen müssen nun das, was sie bisher verweigerten (Erhöhung der Stückpreise) nach diesen Abmachungen erfüllen. Wenn sie nur etwas Einsicht gehabt hätten, wäre ihnen jegliche Schwierigkeit erspart worden und sie hätten die Abmachungen viel billiger haben können. Vor allem wäre die große Unruhe in der Arbeiter-  
schaft durch die fortwährende Androhung der Aussperrung und deren Ankündigung selbst vermieden worden.

Was in Bayern schon durch den Anschlag angekündigt war, sollte auch in Thüringen in die Wege geleitet werden. Gebroht wurde mehrmals damit, daß die Aussperrung vorgenommen wird, wenn die Betriebsbeurteilungen durch Arbeiterforderungen nicht aufhören. Dort kamen jedoch vor der offiziellen Ankündigung Verhandlungen zustande, so daß die Hauptzielrichtungen aus dem Wege geräumt wurden. Der Konflikt in Eisenberg fand z. B. mit Zugeständnissen an die Arbeiter und Arbeiterinnen seine Erledigung. Der Angelegenheit Rodach sind die Unternehmer aus dem Wege gegangen. Es blieb noch wegen bestehender Differenzen in Rudolstadt bei Strauß und in Amsel bei Galluba & Hofmann wieder zu ihrer Drohung zurückgreifen werden, bleibt abzuwarten.

Die auch für Mitteldeutschland wegen der inzwischen beigelegten Streiks in Altshausen, Neuhausen und Magdeburg angekündigte Aussperrung war mit der Beilegung der Streiks erledigt und wir sind der festen Ueberzeugung, mehr zur Freude der Unternehmer als der Arbeiter.

Aus den zur Hauptsache wieder beigelegten Einzelkämpfen, die voll auf ihre Berechtigung hatten, war zu entnehmen, daß sie den letzten Akt der Notwehr darstellten. Die Belegschaften konnten nicht mehr anders. Es ist geradezu ein Wunder zu nennen, daß alle so ruhig abgegangen sind; denn die größte Gefahr der Betroffenen ist gereizt und herausgefordert worden. Sie hatten zum Teil Wocheneinnahmen von 13 bis 17 M., mit denen Familien versorgt werden sollten und die den übermäßigen Anstrengung des Körpers und gesteigerter Leistung gegenüber den besseren Friedenszeiten mit billigeren Lebensverhältnissen. In Familien mit Kindern mußten die Dinge deshalb trostlos aussehen; denn es reichte nicht zum Leben, geschweige denn zum Erhalt der Arbeitskraft oder zum Anschaffen von Kleidung und sonstigen Bedürfnissen.

Diese Zustände der Not kennen die Unternehmer, deshalb die Androhung der Aussperrung, d. h. völligen Verdienentganges, um durch Vergrößerung des Glanzes die Arbeiter ge-  
lügt zu machen.

Die letzten Wochen mit ihren Kämpfen haben jedoch ergeben, daß die Porzellan- und Steingutarbeiter in ihrer übergroßen Mehrheit zum Neufesten bereit ist. Sie würde lieber halb verhungern, als daß sie den Unternehmern auch nur in einem Punkte nachgeben würde, nachdem sie Jahre hindurch um Lohn und Lebenskraft betrogen worden ist.

Die Drohungen mit Aussperrung und sonstigen Maßnahmen üben keine den Unternehmern günstige Wirkung aus. Sie machen die Arbeiter nur entschlossener, trotziger, härter, gefestigter. Das haben nicht nur unsere Kollegen und Kolleginnen erkennen lassen, das zeigte sich vor allem bei dem Werftarbeiterkampf, bei dem selbst die Unorganisierten 13 Wochen dem Unternehmerranturum trotzten. Auch die Bergarbeiter stehen wie ein Mann gegen ihre Bedrücker, die sie aussperrten.

Hoffentlich haben die Aussperrungsdrohungen auch auf unsere Kollegenschaft dahin gewirkt, daß sie nun wieder in ihrer vollen Zahl erkennen, wie notwendig der Verband ist und wie

rasch er finanziell gestärkt werden muß, damit er wenigstens einigermaßen in die Lage versetzt wird, die Kämpfenden zu unterstützen.

Jeder einzelne kann morgen schon in einen unabwehrbaren Kampf verstrickt werden, wenn die Unternehmer ihre Herrscher-  
gelüste etwa weiter mit Aussperrungen durchsetzen wollen. Deshalb sichere sich jeder einzelne und damit die Organisation. Das müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Maßnahmen der Unternehmer erkannt haben.

Nur die rasche Wiederherstellung des finanziellen Rückhalts des Verbandes verbürgt die sichere und erfolgreiche Abwehr der Unternehmeranschläge; dessen muß sich die gesamte Kollegenschaft bewußt werden.

Kollegen und Kolleginnen, ihr wehrt alle Anschläge siegreich ab, wenn ihr eurem Verband die Treue haltet und weiterhin Opfer bringt.

### Arbeitszeit und Produktionssteigerung.

Wird in einem Lande die Arbeitszeit verkürzt, so erscheinen alsbald Veröffentlichungen in der kapitalistischen Presse, die von einem verhängnisvollen Rückgang der Produktion zu berichten wissen. Wird aber die Arbeitszeit wieder verlängert, so kommen sofort — noch vor Ablauf einer für Vergleichszwecke ausreichenden Zeitperiode — Berichte über eine erfolgte Ertragssteigerung als Folge der verlängerten Arbeitszeit. Statistische Unterlagen — Zahlen machen immer Eindruck — fehlen in beiden Fällen nicht. In der vom Internationalen Arbeitsamt vor kurzem veröffentlichten Untersuchung über die Produktion — eine Arbeit von hohem wissenschaftlichen Wert — wurde bereits die vollkommene Unzuverlässigkeit und Unrichtigkeit dieser Statistiken bewiesen. Wir möchten nun auf eine jüngst erschienene wissenschaftliche Arbeit hinweisen, auf die Arbeit des Direktors des Instituts für angewandte Psychologie in Berlin, Otto Lippmann, auf seine umfassenden Darstellungen über das Verhältnis der Arbeitszeit zur Produktionssteigerung. Sein vor kurzem unter dem Titel: „Das Arbeitszeitproblem“ erschienenes Buch behandelt auf Grund von ungefähr 400 einschlägigen Arbeiten die Fragen der Arbeitszeit. Im Aprilheft der „Revue internationale du Travail“ beleuchtet aber dieser Gelehrte die Frage von einer Seite, die für uns gegenwärtig ganz besonders wichtig ist. Er schaltet nämlich absichtlich die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Gesundheit und auf das Wohlergehen des Arbeiters, also die hygienischen und sozialen Gesichtspunkte von der Betrachtung aus und fragt ausschließlich nach der Wirkung der Arbeitszeit auf den Produktionswert. Bei dieser Betrachtung kommt zum Beispiel die Ermüdung nur in Frage, wenn sie zur Verminderung des Produktionswertes führt, nicht aber dann schon, wenn sie sich in vermehrten Unfällen, Krankheiten und Sterblichkeit auswirkt. Da gegenwärtig alles nach Steigerung der Produktion schreit, ist diese Art der Fragestellung besonders fruchtbar. Lippmanns Arbeit bringt ein außerordentlich großes und wertvolles Material und wir können nur bedauern, daß uns der enge Raum verbietet, mehr als die Grundzüge daraus wiederzugeben.

Die vernichtende Kritik des Internationalen Arbeitsamtes über die bisherigen statistischen Veröffentlichungen in bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Produktionswert wird auch in Lippmanns Arbeit voll und ganz bestätigt. Die vor dem Krieg erschienenen Statistiken pflegten von der Verkürzung der Arbeitszeit in der Regel nur Unheil zu berichten. Damals war die Forderung nach Steigerung der Produktion noch nicht so wichtig wie heute, und deshalb waren die Unternehmer weniger besorgt als gegenwärtig, wo sie unter der Suggestion stehen, daß die Produktion nur durch Arbeitszeitverlängerung vermehrt werden kann und deshalb ihre Statistiken schon von vornherein darauf eingestellt sind. Auch steht der Unternehmer unter der Wirkung des Uberglaubens, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung die Maschinen nicht genug ausgenutzt werden können. Dabei vergißt er, daß eine Anzahl von Betriebsausgaben, Heizung, Beleuchtung, Kraftaufwand, zum Teil auch Löhne bei Arbeitszeitverkürzung entsprechend vermindert werden und daher die Erhöhung des Stundenwertes selbst bei einem Rückgang der Jahresproduktion für die Unternehmung rentabel sein kann. Auch ist die Maschine, selbst wenn sie bedient wird, nicht immer voll ausgenutzt. Die meisten statistischen Angaben stützen sich im übrigen nicht auf die Ergebnisse einzelner Unternehmungen, sondern auf ganze Industrien; sie enthalten zumeist willkürliche Schätzungen der Unternehmer, die in der Regel übertrieben und nicht objektiv sind.

Der Grundgedanke Lippmanns ist aber der, daß das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Produktionswert weder einfach noch unmittelbar ist. Wenn nach erfolgten Veränderungen der Arbeitszeit veränderte Produktionswerte hervorgerufen, so brauchen diese beiden Erscheinungen nicht unmittelbar im Verhältnis von Ursache und Wirkung zu stehen. Es hatten zum Beispiel nach erfolgter Arbeitszeitverkürzung einzelne Statistiken über eine Erhöhung des Ertrages um 121 bis 176 Proz., andere aber über eine Abnahme von 60 bis 70 Proz. berichtet. Derartige Widersprüche sind nur zu lösen, wenn wir berücksichtigen, daß andere Faktoren als die Arbeitszeit (oder in Verbindung mit der Arbeitszeit) ebenso oder in noch größerem Maße in die Waagschale fallen. Wir möchten hier schon die Schlussfolgerung vorwegnehmen. Die Steigerung der Produktion hängt weniger von der Arbeitszeit als von der Intensität der Arbeit ab.

Die Rolle der verschiedenen Umstände, die nach Lippmann den Produktionswert beeinflussen, kann hier nur kurz behandelt werden. Eine nicht entsprechende Verteilung der Arbeitsstunden auf die ganze Arbeitszeit kann zum Beispiel die ganze Wirkung der Arbeitszeitverkürzung in Frage stellen. So konnten einzelne Unternehmer, die zugleich mit dem Achtstundentag auch eine zweistündige Mittagspause und Akkorarbeit einführten, den Stundenwert um 15 Proz. steigern, andere, wo gleichzeitig mit der Einführung des Achtstundentages die Mittagspause unterdrückt und die Akkorarbeit abgeschafft wurde, hatten einen Rückgang des Stundenwertes um 13 bis 14 Proz. zu verzeichnen.

Eine Anzahl Untersuchungen ergaben, daß nach Lohn-  
erhöhungen, welche eine bessere Ernährung der Arbeiter ermög-

lichten, auch der Produktionswert sich bald erhöht hat. (Die Erhöhung der Produktion der deutschen Kohlengruben, die in den letzten zwei Monaten verzeichnet wurde, ist ebenfalls auf eine bessere Ernährung gegenüber den letzten Monaten des vorigen Jahres zurückzuführen. D. Heb.) Max Weber zeigt, daß ein Arbeiter, der täglich 30 Gramm Alkohol genießt, 9 Stunden für eine Arbeit braucht, die er früher in 8 Stunden bewältigte. — Der Produktionsrückgang im Kohlenbergbau ist oft darauf zurückzuführen, daß die Bergwerkbesitzer infolge der Erhöhung der Kohlenpreise auch die nichtergiebigen Schächte ausbeuten ließen. In Frankreich ging der Produktionswert nach Einführung des Achtstundentages zwar zurück, was aber der gleichzeitigen Abschaffung der Akkorarbeit zuzuschreiben ist. Bei Transportunternehmungen, die bei kürzerer Arbeitszeit weniger leisteten als andere bei längerer Arbeitsdauer, haben die Untersuchungen ergeben, daß der Grund hierfür in den besonders schlechten Arbeitsverhältnissen lag. Die Menschlichkeit der Betriebsorganisation, die Anrüstung mit Maschinen und Werkzeugen und die bessere Ausnutzung derselben beeinflusst den Produktionswert wesentlich. Diese Umstände brauchen nicht besonders erwähnt zu werden. Die Beständigkeit der Arbeit ist beim Dreischichtensystem viel besser gewährleistet als bei der anstrengenden Zweischichtarbeit, wie dies des öfteren nachgewiesen wurde. Die Art, wie der Arbeiter seine freie Zeit außerhalb des Betriebes verwendet, beeinflusst ebenfalls seine Leistungsfähigkeit im Betrieb. Die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung für die Erhöhung der Produktion treten in der Regel nicht sehr schnell ein. Manchmal dauert es lange Zeit, bis die Arbeiter sich der neuen Arbeitszeitordnung angepaßt haben. Wenn die Arbeiter durch lange Arbeitszeit erschöpft sind, so wirkt dies sogar bei ihren Kindern nach und oft kann erst die darauffolgende Generation die volle Leistungsfähigkeit wiedergewinnen. Dagegen kann die Arbeitszeitverlängerung sofort Minderleistungen hervorrufen, die sich unmittelbar in der Verlangsamung der Arbeit und die damit verbundene Verminderung des Produktionswertes auswirken. Die industrielle Ermüdung beeinflusst ganz besonders die Leistungsfähigkeit. Die Arbeitsleistungen sind im übrigen auch nach Rasse, Nationalität und Alter recht verschieden und bedingen daher verschiedene Arbeitsverhältnisse.

Zu diesem Punkt finden wir in Lippmanns Arbeit lehrreiche Aufschlüsse.

Die Vergleiche zwischen der Vorkriegs- und Nachkriegs-  
erzeugung sind aus dem Grunde schon unzuverlässig, weil sich die Arbeitsverhältnisse, abgesehen von der Arbeitszeit, erheblich verschlechtert haben. „Deshalb“, schreibt Lippmann, „beweist die Verminderung des Produktionswertes nach Einführung des Achtstundentages nach dem Krieg noch keineswegs, daß die Arbeitszeitverkürzung die Produktion ungünstig beeinflusst hat. Dagegen zeigt aber eine jede Vermehrung der Produktion für die günstige Wirkung des Achtstundentages.“ In Deutschland waren die erwähnten Nachkriegswirkungen besonders schwer und hatten aus den verschiedenen Gründen (Lippmann zählt fünf solcher auf) die Leistung herabgesetzt. Auch hatten die Arbeiter den Achtstundentag nach dem Krieg so aufgefaßt, daß er nicht notwendig mit einer Produktionssteigerung beziehungsweise der Erhaltung der Produktion auf dem alten Stand verknüpft zu sein braucht. Dies hat ihren Arbeitseifer, der doch ein sehr wichtiges Element im Arbeitsprozeß darstellt, vermindert. Auch geschah es vielfach, daß Arbeiter aus Furcht vor Arbeitslosigkeit langsamer arbeiteten. Dieser Arbeitseifer kann aber bei Beibehaltung des Achtstundentages — wenn der Arbeiter die Notwendigkeit der Produktionssteigerung einsieht — erhöht werden. Auf der anderen Seite nützt die Arbeitszeitverlängerung selbst in den wenigen Fällen, wo sie sonst von Vorteil sein könnte, nichts, wenn sie ohne Einwilligung der Arbeiter erfolgt und daher ihren Arbeitseifer vermindert. Lippmann meint, eine solche Arbeitszeitverlängerung hätte überhaupt keinen Wert.

Für eine Erhöhung der Produktion stellt Lippmann folgende Forderungen auf: 1. Der Arbeiter soll während seiner freien Zeit jede übermäßige Ermüdung, die seine bezahlte Arbeitsleistung beeinträchtigen könnte, vermeiden. 2. Er soll sich vernünftig ernähren und einen Lohn erhalten, der ihm dies möglich macht. 3. Er soll mehr Aufmerksamkeit, Arbeitswillen, Energie und Eifer entfalten, als in der Zeit, wo die länger ausgedehnte Arbeitszeit eine solche Anpassung von ihm nicht erforderte. 4. Für die Lohnbestimmung muß ein wissenschaftliches System eingeführt werden. 5. Jeder soll in seinem eigenen wie auch im Interesse der Allgemeinheit an den rechten Platz gestellt werden, wo er sein Höchstmaß leisten kann. 6. Während der Arbeitszeit soll eine längere Arbeitspause eingeführt werden, deren Dauer im Einklang mit den diesbezüglichen Forderungen der betriebspsychologischen Wissenschaft stehen soll. 7. Die Organisation der Unternehmung (Maschinen usw.) soll auf Grund der berufspsychologischen und -physiologischen Untersuchungen erfolgen. Werden diese Maßnahmen nicht durchgeführt, so kann die Arbeitszeitverlängerung zu keiner Produktionsvermehrung führen, dagegen kann bei richtiger Durchführung dieser Forderungen der Arbeitszeitertrag ohne Arbeitszeitverlängerung sehr erheblich gesteigert werden. H. S.

### Der Bergarbeiterkampf geht weiter!

Im Lauf der Woche vom 12. bis 16. Mai haben zwischen den Parteien im Bergbau von der Regierung beantragte Einigungsverhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde am 17. Mai wie folgt amtlich bekanntgegeben: Nach dreitägigen Verhandlungen ist über die Arbeitsfreistellungen im Ruhrbergbau am 16. Mai abends ein Schiedsspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: 1. Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Mamentarif) ist in seinen wesentlichen Bestandteilen bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Besonders zu vermerken ist hier lediglich, daß die von den Bergleuten zu beziehende Deputatante unverändert geblieben und der Preis auf 40 Goldpfennig pro Zentner festgelegt worden ist. Er ist mit zweimonatiger Kündigungsfrist kündbar und läuft, falls Kündigung nicht erfolgt, drei Monate weiter.

## Feuerungszahlen.

Nach der Reichsteuerstatistik des Statistischen Reichsamtes für das 1. Vierteljahr 1924 ergaben sich folgende Feuerungszahlen für die Städte mit feinterramischen Betrieben:

Ort	Januar	Februar	März
Amberg	92 945	90 908	92 460
Bayreuth	87 418	87 418	86 207
Bayern	92 880	86 948	86 948
Bitterfeld	93 010	84 577	87 878
Bonn	95 593	96 877	97 448
Breslau	87 427	79 588	80 695
Coburg	90 175	87 817	86 695
Darmstadt	92 552	104 061	117 038
Dresden	93 260	84 923	86 168
Düsseldorf	94 853	81 853	81 853
Freiburg	90 465	82 108	86 005
Freital	85 775	80 148	81 093
Halle	101 210	98 740	108 052
Hann.	107 125	92 142	80 515
Hildesheim	82 410	79 378	80 515
Hof	85 533	79 378	80 515
Magdeburg	100 593	102 804	107 436
Mainz	80 840	80 000	79 980
München	100 802	97 478	100 826
Münster	85 842	81 217	86 016
Nürnberg	101 045	100 458	110 952
Passau	89 885	77 763	79 885
Rudolstadt	86 998	82 055	83 958
Selb	84 090	79 861	80 000
Sora	93 281	83 037	84 290
Suhl	91 787	80 010	80 010
Waldburg	111 822	82 455	89 598
Weißwasser	95 505	85 822	83 595
Weiden	86 921	86 180	93 028
Wittenberg	93 197	80 487	88 529
Zwickau	97 931	90 182	80 080

Von den Eisenbahngemeinden wurden für März und April gemeldet:

	10. März	17. März	24. März	31. März	6. April
Berlin	88 405	87 948	87 368	86 540	92 418
Bonn	96 805	97 668	98 087	99 147	98 103
Breslau	100 404	100 826	101 426	101 682	105 939
Dresden	85 640	84 823	84 692	84 527	92 840
Düsseldorf	82 307	81 819	81 293	79 242	85 805
Freiburg	81 983	81 987	81 815	81 542	84 058
Halle	107 486	107 436	107 486	107 828	108 774
Hann.	100 491	108 052	107 808	108 788	110 982
Hildesheim	80 802	79 860	81 285	80 240	88 460
Hof	107 610	108 529	108 502	100 010	101 840
München	81 151	81 151	81 401	80 485	88 855
Nürnberg	80 385	80 635	80 158	78 842	81 840
Passau	92 217	92 460	94 398	95 781	100 474
Selb	88 645	89 058	84 948	80 787	89 787

## Die Pflicht zur Abwehr.

Die „Ameise“ hat sich jahrelang irgendetwas Polemiken gegen die sogenannte Opposition enthalten. Sie hat sogar geschwiegen, als die ersten Rundschreiben dieser Richtung (darunter eines am 20. September 1923) herausgegeben wurden, trotzdem ihr klar war, daß daraus eine bedenkliche Lage für den Verband entstehen wird. Erst als darauf wieder Rundschreiben an eine Anzahl unserer Verbandsmitglieder von einer kommunistischen Stelle herausgegeben wurden, die gar nichts mit unserem Verband zu tun hatte und darin lägenhafte Nachrichten zu verbandserstrebenden Zwecken brachte, mußte das Verbandsorgan gegen dieses Treiben, das noch dazu auf einen groben Vertrauensbruch mitterhüte, Stellung nehmen. Sie hätte also ihre Neutralität bewahren können, wenn von der Gegenseite nicht die unwahrscheinlichen Angriffe auf Vorgänge und Personen unserer Organisation erfolgt wären.

Da aber auch noch in der offiziellen Parteipresse der „Opposition“ fast täglich von allen möglichen Gruppen, Komitees, Parteinstanzen, Zentralstellen in der widerlichsten Art gegen die Gewerkschaften, ihre Einrichtungen und Funktionäre ein geradezu verberblicher Kampf geführt wurde und die „Gewerkschaftsfrage“ einen breiten Raum in den kommunistischen Parteipublikationen einnahm, war die „Ameise“ als Gewerkschaftsblatt gezwungen, sich gegen die Schlämmflut von ordinärsten Beschimpfungen zur Wehr zu setzen.

Sie tat das jedoch erst, als keinerlei Hoffnung einer Aenderung dieser offensichtlichen Selbstschädigung der Arbeiterchaft zu erkennen war. Diese Tatsachen müssen in erster Linie einmal festgehalten werden.

Jetzt, wo die „Ameise“ der Herabwürdigung der Gewerkschaften und ihrer Zustände entgegentritt, wo sie die berufliche Tätigkeit der „oppositionellen“ Träger der Öffentlichkeit unterbreitet, wo sie die Vertrauensbrüche beleuchtet, wo sie die Lügen der Geheimzirkularfabrikanten aufdeckt, wo sie die arbeiter-schädigende Tätigkeit der sogenannten Gewerkschafts-

2. Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Normaltarifs aufrechterhalten worden sind, dabei aber eine besondere Regelung der Mehrarbeit stattgefunden hat. Die Mehrarbeit beträgt für die Arbeiter unter Tage und für die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, eine Stunde. Für die Arbeiter in durchgehenden Tagesbetrieben beträgt die Mehrarbeit bis 2 Stunden. Davon sind allerdings diejenigen Arbeiter ausgenommen, die in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten. Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Stundenzahl vergütet, aber ohne besonderen Zuschlag. Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem Zustande, wie er seit Monaten früherer Vereinbarung entsprechend bestanden hat. Die Regelung der Mehrarbeit gilt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit zweimonatlicher Frist geändert werden.

3. Die Unparteilichen haben ferner zur Beendigung der Arbeitsstreitigkeiten vorgeschlagen, daß sämtliche Arbeitnehmer, sobald und soweit es die Betriebsmöglichkeiten gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeitnehmer ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verstöße schuldig gemacht haben. Im übrigen dürfen Maßregelungen nicht stattfinden, die ausgetretenen Maßnahmen sollen im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten.

Die Löhne sind bekanntlich durch Schiedspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlich um 15 Proz. erhöht worden.

Nachdem der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Krausmann, die Verhandlungen geschlossen hatte, lud der Reichsarbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichts und der Parteien nochmals zu sich und dankte für die in den dreitägigen Verhandlungen geleistete aufopferungsvolle Arbeit. Er wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Arbeitsstreitigkeit hin und auf die fürchterliche Verantwortung, die die Parteien nunmehr bei ihrer Entscheidung über den Schiedspruch zu tragen hätten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Arbeitsfriede im Ruhrgebiet möglichst bald hergestellt werde.

Für die Arbeiter war die Entscheidung schwer; denn ihnen winkt bei der Fortsetzung des Kampfes ein großer Notstand. Sie glauben ihn überwinden zu können; wofür, die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft wird es sich zur Ehre rechnen, mit den kämpfenden Arbeitsheldern ihr Leztes zu teilen. Diesen Standpunkt nahm auch der Ausschuss des ADGB ein, der sich in seiner Sitzung am 16. Mai einmütig hinter die Forderungen der Bergarbeiter stellte und ihnen seine volle Sympathie und Unterstützung zusicherte.

Die vier beteiligten Bergarbeiterorganisationen haben in ihren Konferenzen den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt. Sie veröffentlichten am 18. Mai folgenden gemeinsamen Aufruf:

Kameraden! Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai zu dem Berliner Schiedspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neu geschaffene Manteltarif für annehmbar erklärt. Einstimmig wurde jedoch das Ueberarbeitensabkommen einstimmig abgelehnt.

Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Zuschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedspruch vorgesehen ist. Die festgesetzte Frist für das Ueberarbeitensabkommen, das bis zum 31. März 1925 unfindbar lauten soll, ist von zu langer Dauer. Das Zweischichtensystem für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenschichtzeit von 78 Stunden muß als eine besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden. Klar und deutlich machten die Konferenzen zum Ausdruck, daß die Ruhrbergarbeiter gewillt sind, Ueberarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn sie als solche anerkannt und entsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterchaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allem Recht widersprechende Aussperrung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit gehindert. Unermesslicher Schaden erwächst aus diesem Verhalten der Ruhrunternehmer der Volksgemeinschaft. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Ruhrbergarbeiter! Verantwortungslose Elemente sind an der Arbeit. Ueberall im Ruhrrevier auftauchende Sennboten der SPD versuchen, die bisher geübte gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der SPD treten in offener und verdeckter Form an euch mit der Aufforderung heran, Pfänderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen birgt in sich die Gefahr der Zerrüttung unserer Abwehrfront und ist die beste Hilfe für das Unernehmerium.

Kameraden! Es gilt, in dem uns aufgezwungenen Kampf auszuhalten und gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Ruhrarbeiter in Ehren und ungebrochen aus diesem schweren Konflikt hervorgehen können.

## Pflicht.

Pflicht! Etwas, das hart auf dem Proletariat lastet. Wohl weiß der Proletarier, daß stets Pflichten zu erfüllen sind, aber er weiß auch, daß Pflicht nicht immer Zwang und Druck und Härte zu sein braucht. Ja, er weiß, daß Pflicht sogar Freude sein kann. Und wenn sich das Proletariat aus seiner Not heraus zu seinen großen gewerkschaftlichen Kampfverbänden zusammenschließt, so ist das bei weitem nicht nur eine nützliche Spekulation auf materielle Vorteile, sondern letzten Endes zugleich der natürliche Ausfluß eines gesunden Trostes gegen dieses Sklaventum, zu dem der Kapitalismus die Pflicht erniedrigt hat.

Der gewerkschaftliche Kampf bedeutet damit im tiefsten Grunde eine praktische Revolutionierung der ethischen Begriffe, in denen unsere Zeit erstarrt ist. Im jatten Philistertum, das sich selbst wie eine ewige Krankheit fortzuehrt, ist das Proletariat steckengeblieben in seinen Kampfverbänden gegen die Kraft des alten Moders an. Es lehnt sich auf gegen die erstarrte Zivilisation mit ihren toten sittlichen Begriffen. Es ist sich als natürlichen Gedanken seines Kampfes eine neue praktische, eine soziale Ethik.

Es ist nicht Pflicht, den ganzen Tag an der Arbeit zu denken; es ist nicht Pflicht, über die Tagesarbeit und die ewigen Sorgen den Frühling zu vergessen, es ist nicht Pflicht, die Kinder vegetieren zu lassen ohne jede erziehende Kultur, und nur ab und zu einmal an Geisteserregung zu fügen, daß man eigentlich Mensch ist.

Aber eine große Pflicht gibt es, nämlich die Pflicht, zu kämpfen gegen diesen Kapitalismus, der das ganze sittliche Leben einzeln vergiftet hat.

Gewiß gibt es Pflichten zu allen Zeiten, doch sittlich ist nur die Pflicht, die ein großer Dienst ist am gemeinsamen Ganzen, die ein Dienst ist an der „größeren Macht der Liebe“, wie Goethe die höhere, soziale Pflicht so schön nannte.

Sie mögen sich alle erheben denken, diese jatten Pharisäer unserer Tage, aus dem von ihnen als ungesittig zu herarteten Kampfe des Proletariats heraus erblüht eine neue sittliche Kultur, und am so leuchtender wird einmal aus dem Schatte der

gerbrockelten Zivilisation unseres Heute heraus der Frühling strahlen, je bewusster das Proletariat diesen seinen wirtschaftlichen Kampf erfüllt mit dem Erleben der ganzen sittlichen Größe seines proletarischen Glaubens.

## Das wahre Gesicht des Krieges.

Unter diesem Titel hat Oberst-Leutnant G. Holten-Nielsen in der bürgerlichen dänischen Zeitschrift „Tilskueren“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er sich ganz den Auffassungen der Sozialdemokratie über den Krieg anschließt und in wirkungsvoller Weise einiges über die Faktoren sagt, die den Krieg verursachen. Wir geben nachstehend einige Abschnitte dieses Artikels wieder. Es herrscht Unruhe in der ganzen Welt, und das ist kein Unglück, daß der Weltkrieg gebracht hat, scheinen viele Menschen nur von dem Gedanken erfüllt zu sein, neue Kriege zu vermeiden. Der Weltkrieg hat den Menschen gezeigt, wie schnell während eines Krieges Geld zu verdienen ist, ja selbst in unserem kleinen Lande, das u. a. auf Grund seiner geographischen Lage in so geringem Maße für eine Verteidigung mit materiellen Nachmitteln geeignet ist, wird von gewissen Kreisen energisch dahin gearbeitet, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß Dänemark etwas auf militärischem Gebiet zu leisten vermag.

Nach einer Reihe von Mitteilungen über die abstoßenden Erfindungen, die aus dem Weltkrieg zu dieser fürchterlichen Hölle machten, ährt der Verfasser den berühmten englischen Denker G. Lowes Dickinson: „Wenn der einfache Mann erst begriffen hat, was Krieg eigentlich bedeutet, wird es ein leichtes sein, ihn zu überzeugen, daß bei einem Krieg und bei den Kriegsvorbereitungen auf alle Fälle er immer der Verlierende sein wird. Er ist es, der als gemeiner Soldat ins Feld rücken muß, um geschlachtet zu werden. Er ist es, der, wenn er in die Heimat zurückkehrt, zur Arbeitslosigkeit, zum Hunger und all dem Unglück der Nachkriegszeit verurteilt ist. Es gibt kein Interesse des einfachen Mannes, das durch den Krieg gefördert wird, es gibt kein Unglück, das ihn nicht trifft. Und ich glaube, daß viele von ihnen dies schon begriffen haben, und jeder könnte es begreifen lernen, wenn nur seine Aufmerksamkeit auf diese Tatsache gelenkt würde.“ Zum Schluß gibt der Verfasser der Ansicht Ausdruck, daß es nur eine Nacht gibt, die die Mög-

keiten (siehe Selbst) bloßstellt, wo sie der verwirrenden, hysterischen Schimäre kommunistischer Versammlungsredner und Redaktionen über die Gewerkschaften entgegentritt, wo sie auf die Gefährlichkeit der Anweisungen der kommunistischen Zentralstellen zur illegalen kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften hinweist, jetzt kommen alle möglichen Proteste über die politische Schreibweise der „Ameise“. Ja, soll der unser Verband, sollen die Gewerkschaften all die widerlichen Anwürfe, die der Gesamtarbeiterbewegung folgeschweren Schaden bringen, über sich ergehen lassen, ohne sich dagegen zu Wehr zu setzen? Soll die Lügenverbreitung über vertrauliche Vorgänge innerhalb unseres Verbandes unwidersprochen gelassen und gebuldet werden? Soll die von der kommunistischen Parteizentrale angewiesene illegale kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften so ohne weiteres von diesen hingenommen werden? Oder haben die Gewerkschaften nicht die Pflicht, von ihren Mitgliedern vor allem Gewerkschaftsarbeiter zu verlangen? Ist es nicht höchste Zeit, daß die Gewerkschaften wieder ihre volle Wirksamkeit der Unternehmenseite entgegenstellen und den politischen Streit in ihren Reihen vermeiden? Wird er nicht immer wieder im brennendsten Augenblick von den Kommunisten, die nach den Zentralanweisungen handeln müssen, entfacht?

Alle die Fragen mögen einmal die brachten, die sich immer wieder durch schwungvolle Redensarten zu Protesten verleiten lassen.

Ausdrücklich wird bei dieser Gelegenheit noch betont, daß die Kommunisten im allgemeinen keine Veranlassung haben, zu positioneller beleuchtet werden. Was getroffen werden soll, ist die schädlichen Auswüchse, die die Gesamtarbeiterbewegung mitkreditieren.

Den Protestlern gegen die Schreibweise des Verbandesorgans, die ja wieder einmal auf Bestellung protestieren, muß gesagt werden, daß sie bei den sogenannten Instanzen dafür sorgen müssen, den schloffen, herabwürdigenden Kampf einzustellen; daß fällt jede Ursache zum Protest fort. Solange jedoch von jeder Seite immer wieder das eigene Nest beudelt wird, solange die nur von „verräterischen Drogen“, „Amsterdamer Salzwasser“, „reformistischem Geinbel“, „Schäufen“ die Rede ist, solange jedes bißchen Anstand vor die Hunde gelassen ist, solange dieser Art von dort in den Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften gearbeitet wird, sind Proteste an die „Ameise“ nutzlos. Sie müssen horthin gerichtet werden, wo die Herabwürdigung der Gewerkschaften, ihrer Zustände und ihrer Systematik betrieben wird. Als Gewerkschaftler hätten sie sogar die Pflicht, dieses gewerkschaftsschädigende, unternehmerfreundliche, die Gegner fördernde Treiben zu unterbinden.

Protestierende Kollegen und Kolleginnen, bedenkt, daß ein Uebel nur ausrotten könnt, wenn ihr die Wurzeln ausreißt. Die Wurzeln, d. h. in diesem Falle die Ursache zur Schreibweise der „Ameise“ war und ist das verbandserstrebende Treiben auf kommunistische Anweisung handelnder „Oppositionelle“ Unterbinde, bereitet diese verwerfliche Tätigkeit — nicht ein fördernde Kritik — sorgt für eine halbwegs anständige Schreibweise in der die Gewerkschaften behandeln kommunistische Presse, bringt den schimpfenden Versammlungsrednern eine sittlichere Sprache über die Gewerkschaften bei, treibt als Gewerkschaftler jeder gewerkschaftlichen Verleumdung entgegen, die die Lüge nicht zur Umgangssprache wird, und die Schreibweise der „Ameise“ wird wieder die eines richtigen Gewerkschaftsblattes.

Tut in den Gewerkschaften als Gewerkschaftler auch in dieser Weise eure Pflicht, daß ihr euch als Gewerkschaftler und nicht als Parteigehörige allein zur Wehr setzt und auch die organisationschwächende, die Einheit und Schlagkraft der Organisation unterminierende Art von verwirrenden Angriffen auf Gewerkschaften verstopft. Wer das nicht tut und seiner Gewerkschaft nicht auch den Schutz angeheihen läßt wie seiner oder ihm nahestehenden Partei, hat nicht die Berechtigung, sich zu äußern oder zu protestieren.

Solange die Gewerkschaften von einer politischen Seite gegriffen und absichtlich falsch verdächtigt werden, solange Gewerkschaften auf Beschuldigungen beschimpft, belumpelt und verächtlich gemacht werden zum Gaudium der Gegner, lange gar Gewerkschaftsmitglieder zu dieser illegalen kommunistischen Arbeit in den Gewerkschaften, wie Sinowjew seinem Brief vom 21. März schreibt, hergeben, solange wert die Gewerkschaften und ihre Organe Stellung gegen dieses verwerfliche Treiben nehmen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß für diese unnützen Zwecke noch Geld verwendet werden muß, aber den Gewerkschaftsverantwortlichen bleibt nichts anderes übrig, als die Organisation gegen fremde Einmischungen zu schützen.

Jeder Regelklub, jeder Gesangsverein, jeder Pfeifenklub buldet keine Fremdkörper, keine Statutenverächter, keine Srenfriede, keine Verleumder seiner Sache unter sich; sollen Gewerkschaften solche Blicke bulden? Nein, muß die Antwort lauten.

Wer Gewerkschaftsmitglied ist, hat seine selbstgegebene Gehebe, Richtlinien und Beschlüsse anzuerkennen und sich nicht von Außenstehenden zum Zuwiderhandeln verleiten lassen.

licht hat, in Zukunft einen entscheidenden Einfluß zugunsten der Verhinderung der Kriege auszuüben, nämlich die Arbeiterparteien in den vertriebenen Ländern.

## Hast den Krieg!

Ein Brief von Anatole France

Anatole France hat nachstehenden Brief an eine Vereinigung amerikanischer Frauen gerichtet, die Frankreich besuchte, eine in Amerika gesammelte Selbstsumme zugunsten des Wiederaufbaues der verwüsteten Gebiete zur Verfügung zu stellen. „Man hat mir gesagt, daß Sie den Gruß eines Greises ablehnen werden, der, nachdem er alle politischen Irrtümer seinerzeit durchgemacht hat, zum Schluß zur Einsicht gekommen ist, daß die Wahrheit in einer Regierung durch das Volk und das Volk liegt. Sie kommen aus einem reichen und arbeitseifrigen Land in ein Land, auf das ein verhängnisvoller Sturm niedrückt und das unter seinem Unglück tiefer leidet, als sein Schicksal ausgeben möchte. Sie kommen, um am Wiederaufbau untergeordneten Provinzen mitzuwirken. Ihr Eifer zusammen mit Ihrem Ordnungsgedank werden Wunder verrichten.“

Sch heße Sie willkommen! Mit der Beseitigung der Ruinen des Krieges ist aber nicht alles getan. Sie sind Frauen und Frauen sind tapferer als Männer. Retten Sie die Menschheit! Ihr Frauen müßt die Ungeheuer angreifen, das sie verhängt. Ihr müßt den Krieg gegen den Krieg führen, einen Krieg bis zum Tode. Hast den Krieg mit einem unauslöschlichen Dak! Hast ihn und seid seiner Verbrechen bewußt. Hast ihn im Schmutz des Triumphes, mit den Siegespalmen. Guer Hast bringe ihm den Tod!

Sagt nicht, daß das unmöglich sei, daß es Krieg gäbe, solange es Menschen gibt und die Nationen einander immer feindlich gegenüberstehen werden. Sie werden es wohl tun, solange es Nationen gibt. Doch die Nationen sind nicht unbergänglich.

O Frauen, Mütter! Unsere Enkel werden die Vereinigten Staaten Europas erleben, die Weltrepublik! Großmütige Frauen, geht durch die Welt und seid diesen Gefühlen besetzt. Dann werdet Ihr Europa retten und der Welt das Glück bringen.

ist eine Bedingung, auf die die Gewerkschaften aus Reinlichkeitgründen halten müssen genau wie jede andere Vereinigung. Nach den Richtlinien hat auch die „Ameise“ zu verfahren und gegen alle Angriffe auf die Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Das ist ihre Pflicht, die sie trotz aller Gegenströmungen zu erfüllen hat, selbst wenn ihr dies von einer bestimmten Seite übel genommen wird.

### Geschichtliches aus einer großen Zahlstelle.

Von Gustav Meinhart-Kahla.

Am 10. März d. J. waren 40 Jahre verflossen, seitdem die Kahlaer Porzellanarbeiter von der Idee des Zusammenschlusses erfüllt wurden. Am genannten Tage des Jahres 1884 wurde ein Ortsverein der Porzellanarbeiter aus der Kahlaer Porzellanfabrik der Herren C. S. Lehmann & Sohn im Ort Kahla zusammengekommen, um zur Gründung eines Ortsvereins, resp. Krankenkasse, mit Anschluss an den Gewerkschaftsverband der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter zu schreiben. 17 Kollegen waren der Einladung des Einberufers der „Versammlung“ gefolgt, die sich nach Bekanntgabe der Satzbestimmungen des Gewerkschaftsvereins sämtlich in die ausgelegte Einzeichnungsliste eintrugen. Die vorgenommene „Auswahl“ hatte das Ergebnis, daß Herr Friedrich Müller mit 16 Stimmen Vorsteher, Herr Herr Hermann Denstedt Kassierer und Herr Heinrich Beyrer Revisor wurden, welche alle die Wahl angenommen haben.

Die erste ordentliche „Versammlung“ fand am 5. April desselben Jahres in Gegenwart von neun Mitgliedern statt. Es wurde der erste Rechenschaftsbericht gegeben, der bei 14,33 Mk. Ausgabe und 11,50 Mk. Einnahme mit 2,83 Mk. Defizit abschloß. Dieses Manco hatte sich bei der Rechnungslegung für das 2. Quartal 1884 um 1,15 Mk. verringert, so daß noch immer 1,68 Mk. Schulden auf das 3. Quartal übernommen werden mußten. Mit ganz besonderer Genehmigung wird aber bei diesem Rechenschaftsbericht im Protokoll bemerkt, daß im Laufe des Quartals drei Neuaufnahmen von Mitgliedern erfolgt seien. Und ganz besonders wird hervorgehoben, daß sich unter den drei Neuzugeworbenen ein Maler befand, während die übrigen Mitglieder Dreher waren. Mit diesem ersten Maler war der Anfang zur Verbreiterung der Organisationsbasis gemacht. Der Rechenschaftsbericht vom 11. Oktober für das dritte Quartal weist eine Einnahme von 23,70 Mk. und eine Ausgabe von 23,62 Mk., demnach einen Bestand von 8 Pf. auf. An Mitgliedern waren weitere fünf hinzugekommen, darunter drei Maler. Das Jahr 1884 schloß ab mit 24 Mitgliedern und einem Kasseebestand von 3,09 Mk., wozu noch der Bestand von 2,02 Mk. kam, der in einer besonderen Kasse, aus welcher die Mittel für Bildungszwecke flossen, vorhanden war. Die nächstfolgenden Versammlungsprotokolle verzeichnen nichts Bemerkenswertes. Verslehen des letzten Protokolls, Bekanntgabe von Mitgliederzu- und -abgängen, Rechenschaftsbericht lautete im wesentlichen Meffrain die Tagesordnung. Oberflächlich und monoton pläsierte das Ortsvereinsleben dahin. Da steht nichts geschrieben, daß die damals gewiß nicht rosigen Lohn- und Arbeitsbedingungen besprochen und kritisiert worden wären. Nichts ist zu lesen über Stellungnahme zu Fragen, die die breiten Massen der Kollegen berühren, es sei denn, man wollte es als im Interesse der Arbeiterschaft gelegen bezeichnen, daß der Ortsverein beschließt, sich „am Empfang Sr. Majestät des Kaisers zu beteiligen“, der seinem Freunde, dem Herzog von Sachsen-Altenburg auf dem Jagdschloß Hummelshain einen Besuch abtutete wollte. Ein reiner Harmonieklub, nichts weiter! Man könnte sein Urteil über den Ortsverein zusammenfassen in die Worte von Bruno Schenklauß: „Soziale Kämpfe vor 300 Jahren“, Seite 146: „Nicht das unwichtige, kräftige Treiben, keine Spur des warmblütigen Lebens, das in der Gesellschaft Mittenbergs pulsierte, kein großer Kampf, keine heitere, herbe, überschäumende Freude am Dasein, keine Tatkraft und kein Zusammenhalt. Einzwang in idem Wortraum, verflümmelnd in beschränkter Selbstgenügsamkeit, mit den unbegriffenen Formen sich abquälend, in denen selbst kein Inhalt mehr war.“ Mit diesen Worten wären die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung bei unseren Kollegen in Kahla treffend charakterisiert.

Nach „in der Versammlung am 11. August 1888 beschloßen 20 anwesende Mitglieder einstimmig die Beteiligung an Sedanfest“. „Leben in die Hude“ kam erst, als die Kollegen Paul Knorr, Dreher, und Bernhard Horn, Maler, in Kahla landeten und Mitglieder des Ortsvereins wurden. Diese beiden Kollegen kamen als wirkliche „Hedde in den Karpfenteich“. Es kommt in den Versammlungen des öfteren zu lebhaften Auseinandersetzungen, namentlich zwischen Horn und dem Vorstehenden Friedrich Müller, welcher bis zum Schluß des Jahres 1889 den Vorsitz im Ortsverein führte, den er bei der Neuwahl am 14. Dezember 1889 an den Kollegen Paul Knorr abtreten mußte, an dessen Stelle schon nach zwei Monaten der Gen. Bernhard Horn trat. Mit diesem Personenwechsel kam auch ein neuer, frischer Zug und ein impulsiveres Leben in die Bewegung. Die Versammlungsprotokolle enthalten von dieser Zeit ab Vermerte über Anregungen und Diskussionen, die sich auf Betriebsangelegenheiten beziehen und das Streben auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkennen lassen. Aber die alten Geister waren nicht gleich tot zu kriegen: In verschiedenen Versammlungen wurde allen Ernstes die Frage angeschnitten, ob es richtig und dem Ortsverein dienlich sei, wenn der Kollege Bernhard Horn, als Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei noch länger Mitglied im Gewerkschaftsverein bleibe und noch dazu ein Amt im „Ortsausschuß“ bekleide“. In der Ortsversammlung vom 6. Dezember 1890 wird ein Brief verlesen, den der „Ortsverbandsausschuß“ nach Berlin an die Gewerkschaftsleitung geschriebene hatte, des Inhalts, daß der Ortsvereinsvorsitzende Horn und einige jüngere Mitglieder Sozialdemokraten seien und unser Hauptvorstand demnach handeln möge“. Die Versammlung nahm dies mit Stutzen und Zustimmung zur Kenntnis.

Diese Brief war auf Veranlassung der ehemals tonangebenden, von dem neueren Geist hriweggesetzten Kollegen nach Berlin gerichtet worden, nachdem der Ortsverein vorher durch Beschluß vom 1. November 1890 auf Antrag des Kollegen Paul Knorr aus dem „Ortsverband“ ausgeschieden war. Der neue Geist war den alten Harmoniekollegen zuwider, weshalb sie nach und nach dem Ortsverein den Rücken kehrten, was der rascheren Sozialentwicklung und der Modernisierung der Bewegung an Orte nur vorteilhaft war. Nur einmal noch ist in einem Protokoll verzeichnet, daß der Ortsvereinskassierer Robert Hoffmann dem Kollegen Bernhard Horn nahegelegt habe, aus dem Ortsverein auszutreten, „da es nicht gut sei, wenn ein Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei dem Vorstande angehört“, wozu Horn erklärte, daß er gern bereit sei, nicht nur von seinem Vorsteher zurückzutreten, sondern auch aus dem Ortsverein auszutreten. Im Hoffmann innerhalb 14 Tagen eine schriftliche Erklärung von der Betriebsleitung der Porzellanfabrik vorlege, nach welcher diese bereit sei, den Lohn der Kollegen allgemein um 10 Prozent zu erhöhen, weil er (Horn) sich dann sagen würde, daß sein Rück- bzw. Austritt etwas gemüht habe.

Das Jahr 1892 brachte bekanntlich die Verschmelzung des Hirsch-Danderschen Porzellan- und Gasarbeiterverbandes mit dem Dresdener Reiseunterstützungsverband der Dreher. Diese Verschmelzung, die nicht nur eine Verbreiterung der Organisationsbasis im allgemeinen, sondern auch einen Umsturz in der Bewegung bedeutete, war natürlich nicht

ohne Einfluß auf die Fortbewegung geblieben: Rastrom an Mitgliebrn und erhöhter Kampfesgeist, verbunden mit dem Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, waren die äußeren Merkmale dieses Einflusses. Aber auch das sprunghafte Sichvergrößern des Betriebes der V. G. Kahla, bzw. das Hinzukommen neuer Betriebe (S. A. Lehmann und Malereien) bringen eine rasche Entwicklung der Zahlstelle mit sich. In den Zahlstellenversammlungen kommt es des öfteren zu lebhaften, langanhaltenden Debatten über Ueberarbeitszeit und sogar „Sonntagsarbeit, die die Maler verrichten“. Ueber schlechte Löhne und schlechte Behandlung wird lebhaft diskutiert, was natürlich den Betriebsleitungen bzw. Betriebsinhabern nicht verborgen bleibt; denn das Spindel- und Zennuplanium wuchs mit der Zahlstelle: So mancher „Kollege“ erhielt von seiner Betriebsleitung die Beiträge zur Mitgliedschaft, um Bericht zu erstatten über alles, was in den Versammlungen besprochen wurde. Die „Aera Büngel“, des ersten Direktors der V. G. Kahla, ist eine besondere Epoche in der Verbandsentwicklung in Kahla. Solange der Ortsverein ein bescheidenes Vereinsleben lebte, kümmerte man sich um ihn nicht; er war ja nicht gefährlich und den Profitinteressen der Unternehmer nicht abträglich. In dem Augenblick aber, wo sich die Kollegen herauspolen aus dem alten Trott und den Harmonieschlehdrian abstreifen und sich auf ihr Menschsein befinden, sich ihr Dasein zu verbessern streben mit Hilfe der Organisation, da trafen auch die Unternehmer in die Schranken und gingen zum offenen Kampfe gegen die Zahlstelle über. (Schluß folgt.)

### Sollen die Zustände so weiter bleiben?

Fast in jedem Versammlungsbericht, den wir durch die „Ameise“ zu lesen bekommen, klagen die Kollegen über schlechte Arbeits- und Lohnverhältnisse. Die Klagen sind auch begründet und berechtigt. Untersuchen wir nun einmal die Schuld über die miserablen Arbeits- und Lohnverhältnisse, so ist zunächst festzustellen, daß durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse sich ein Zustand herausgebildet hat — insbesondere bei den Afford- und Sacharbeitern — der für die Dauer unerträglich ist. Die Regelung der Löhne erfolgte durch die sogenannte Tarifgemeinschaft. Bei jeder Lohnverhandlung konnte man nun die Beobachtung machen, daß auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auch noch ein indirekter Lohnabbau erfolgte, was sich ganz besonders im vorigen Jahr bis zur großen Inflationszeit am meisten bemerkbar gemacht hatte. Während dieser ganzen Kriegs- und Nachkriegszeit hatten einzig und allein die Unternehmer, bzw. Kapitalisten den Nutzen davon. Einmal konnten sie ihre Produkte bzw. Fabrikate unter sehr hohen Werttagewinnen verkaufen, und zum anderen Male hatten sie billige Produktionskräfte zur Verfügung. Als nun die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hatte und die neu eingeführte Rentenmark stabilisiert wurde, d. h. eine feste Grundlage hierfür geschaffen wurde, so wurde es bald der Arbeiterschaft klar, wie sie betrogen und bemogelt worden war während dieser Geldentwertung und unter der Inflationszeit.

Aber auch selbst unter diesen neu geschaffenen und gegenwärtigen Verhältnissen ist ein unhaltbarer Zustand eingetreten, bei dem jeder Arbeiter sich nun sagen müßte, bis hierher und nicht weiter. Kollegen, wie steht es denn nun eigentlich in den einzelnen Fabriken der Porzellanindustrie aus; wird denn noch wirklich gearbeitet? Nein! Das ist kein Arbeiten mehr, das ist ein Schütten, ein Würgen und ein Sägen den ganzen Tag, die ganze Woche. Und was bekommt ihr für euer Schütten, wobei ihr bald manchmal soviel leidet müht wie in der Vorkriegszeit? Kaum soviel, daß ihr euch und eure Familien sattessen könnt, d. h. wenn ihr überhaupt in der glücklichen Lage seid, vollarbeiten zu dürfen. Wo bleibt dann die Anschaffung von Kleidung, Wirtschaftsgegenständen und allem anderen?

Aber das Schönste, was hierbei noch zu erwähnen ist, das ist der § 35 im neuen Reichstarifvertrag, der es zuläßt, daß der Unternehmer, bzw. Arbeitgeber den betreffenden Afford- oder Sacharbeiter für schlecht hergestellte Arbeit noch verantwortlich machen kann in Form von Defektabzug. Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit. Aber hierbei müßte ich auch unserem Verbandsvorstand ins Gewissen reden. Seid ihr euch überhaupt der Tragweite des § 35 bewußt gewesen? Wie kommt ihr überhaupt hierzu eure Zustimmung geben? (Die Verhandlungskommission und nicht der Hauptvorstand hat dem Reichstarifvertrag zugestimmt. D. Red.) Ich meine, es ist schon so vielmal in der „Ameise“ darauf hingewiesen worden, daß die in Afford arbeitenden Kollegen jetzt fast 60 bis 100 Prozent mehr leisten müssen wie früher, während der Unternehmer die erzeugten Fabrikate viel teurer verkauft als wie früher, und dann soll man für angeblich schlecht gelieferte Arbeit auch noch verantwortlich gemacht werden. Der § 35 muß nochmals einer Revision unterzogen werden oder überhaupt aus dem Reichstarifvertrag verschwinden.

Nun Kollegen und Kolleginnen, seid ihr gewillt, diese unhaltbaren Zustände noch weiter zu ertragen? Antwortet mit einem lauten Nein; denn es wird endlich Zeit, daß wir den Unternehmern klar machen, daß wir nicht mehr länger gewillt sind, für Hungerlöhne zu arbeiten, und daß wir als Menschen auch Berechtigung haben, ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Aber, Kollegen und Kolleginnen, wenn wir nicht noch mehr zu willkürlichen Schlägen oder Kulis herabsinken wollen, wenn wir uns nicht mehr länger ausbeuten lassen wollen, so müssen wir vor allen Dingen einig und kampfbereit sein, und nicht im Kampf um unsere Existenz erlahmen. D. S. T.

### Von der „Marktlage“ der Keramikindustrie.

Die sogenannte Fachpresse der Keramikindustrie bringt gewöhnlich Berichte über die Geschäftslage. Sie führt sich dabei auf Angaben von Handelskammern oder sonstigen „unparteiischen“ Stellen und legt die Angaben auch ganz kritisch ihren Lesern vor. Wie tendenziös die Berichte aufgemacht sind und wie zugunsten der Unternehmer dabei auch die Öffentlichkeit falsch unterrichtet wird, mögen zwei Berichte erweisen. In der „Keramischen Rundschau“ Nr. 21 ist unter „Die Porzellanindustrie im April“ u. a. von der Nymphenburger Industrie zu lesen: „Die Arbeitszeit konnte im Einverständnis mit der Arbeiterschaft von 44 auf 49 Wochenstunden heraufgesetzt werden, andererseits wurden auch die Arbeitslöhne etwas aufbessert. Ueber die allgemeine Lage der Porzellanindustrie bleibt ergänzend zu bemerken: ... Die Umstellung auf den Neunstundentag ging — abgesehen von einigen Zwischenfällen — glatt vor sich.“

Im „Sprechsaal“ Nr. 21 heißt es: „Nach dem Bericht der oberfränkischen Handelskammer in Bayreuth ist in der Porzellanindustrie die Produktion durch Teilstreiks und Arbeiterunruhen gearannt.“

Aus dem Bericht der „Keramischen Rundschau“ über Nymphenburg können Uneingeweihte entnehmen, daß die Arbeiterschaft ohne weiteres widerpruchslos einer Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt hätte. Dem ist nicht so. Die Verlängerung der Arbeitszeit war durch Ueberstundenarbeit gegeben, die auf Grund eines tariflichen Arbeitszeitabkommens vom 3. Februar bis zum 31. Mai 1924, in dem grundsätzlich die 48stündige Arbeitswoche und ausnahmsweise Ueberstunden festgelegt und von der Belegschaft genehmigt wurden. Die ausnahmsweise Ueberstunden erkannten auch eine Anzahl Personale und Arbeitergruppen anderer Be-

triebe für genau begrenzte Zeiten an. Von der Umstellung auf den Neunstundentag kann keine Rede sein. Die anerkannten Abmachungen über Ueberstundenleistungen (48 Wochenarbeitsstunden + 6) sind inzwischen von den Betriebs- oder Arbeiterräten in sämtlichen Betrieben gekündigt worden, wie auch das Arbeitszeitabkommen zu seinem Ablauf am 31. Mai 1924 gekündigt worden ist. Uebrigens arbeitet der größte Teil der Porzellanarbeiter nach genauen Feststellungen des Verbandes nur 48 Stunden in der Woche und nur ein geringer Teil 54. Die Umstellung auf den Neunstundentag ist demnach keine Tatsache, sondern ein Hirngespinnst der Verächter und ihrer Presse, die damit die Öffentlichkeit irreführen möchten. Wenn etwa gar die Scharfmacher ihren Willen auf die allgemeine 54-Stundenwoche zur Tat reifen lassen wollten, so werden sie ja noch andere Zwischenfälle erleben, die ihnen den Geschmack verderben werden.

Daß Teilstreiks in Oberfranken die Produktion gehemmt haben, ist allein eine Fahrlässigkeit der Unternehmer. Sie hätten diese Hemmung durch ein ganz billiges Entgegenkommen beseitigen können, wenn sie den Willen gehabt hätten. Die oberfränkischen Teilstreiks hatten doch ihre Ursache hauptsächlich in dem Dreiprozentabzug der luntigen Arbeiter und Arbeiterinnen, der zu Unrecht erfolgt ist und den jetzt auch die hartnäckigsten Unternehmer nach Gerichtsurteilen herauszahlen müssen. Aber von Arbeiterunruhen zu schreiben, die die Produktion gehemmt haben sollen, ist eine große Unwahrheit. In keinem oberfränkischen Porzellanort sind von Porzellanarbeitern Unruhen vorgekommen. Den überflüssigen Porzellanarbeitern wird damit etwas nachgeredet, was sie ankeinen herabwürdigenden soll. Derartige Lügennachrichten prallen jedoch auf die Brust der Arbeiter zurück. Wohl hätte die Arbeiterschaft Grund zur Beunruhigung gehabt, weil die Fabrikanten immer und immer wieder aus purer Scharfmacherlust mit der Aussperrung, also mit der absichtlichen Produktionshemmung, drohen und schließlich offiziell ankündigen, aber die Belegschaften der Porzellan- und Steingutfabriken haben sich auch damit nicht schrecken oder zu Unruhen verleiten lassen. Anscheinend wollten die Unternehmer Unruhen. Die Porzellanarbeiterschaft hat ihnen den Willen nicht getan und damit manchen ihrer Pläne vereitelt. Das soll immer so bleiben.

Kollegen und Kolleginnen, bekämpft diese Tendenzberichte, wo sich Gelegenheit bietet, protestiert gegen die Arbeiter verleumden den Handelstammern bei den Behörden. Die unternehmerfeindliche „Fachpresse“ könnt ihr dadurch zur Sachlichkeit erziehen, daß ihr sie absetzt, nicht mehr darin injeriert und den Arbeitsmarkt unbeachtet laßt. Sie ist es nicht wert, daß ihr auch nur ein Arbeiter Unterstützung angebeihen laßt.

### Wirtschaftliches.

Zur Marktlage. Die Krise des deutschen Marktes hat sich in der letzten Woche noch wesentlich verschärft. Die Geldknappheit hat infolge der Kreditbeschränkungen der Reichsbank und der Erschöpfung der privaten Kreditquellen in einem Maße zugenommen, daß selbst große alte Unternehmen in schwere Geldverlegenheiten geraten sind. So sind in der Schwerindustrie unter anderem der Bedertonzern, das heißt die Stahlwerke Weyer in Rheinland und eines der größten Montanwerke Deutschlands, die Mannesfeld u. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Geldschwierigkeiten geraten. Der Handel hält infolge des Geldmangels mit seinen Käufen zurück. Viele Bestellungen werden gestrichen. Von einem Preisabbau, der die Preise mit der vorhandenen Kaufkraft in Einklang bringen und die Ausfuhrfähigkeit erleichtern soll, war wenig zu verspüren. Die Eisenpreise sind so hoch, daß englische Eisen in Deutschland trotz des Einfuhrzolles von 10 Mk. pro Tonne billiger ist, als das im Inland erzeugte. In Oberschlesien sind von 14 Hochofen nur 8 unter Feuer. Die elektrische, Maschinen-, Wagnon- und Textilindustrie sind noch beschäftigt, doch arbeiten sie ausschließlich für den inneren Verbrauch und dieser wird infolge des Geldmangels bald aufhören. Der Bergarbeiterstreik hat bereits fühlbaren Kohlenmangel zur Folge gehabt und zur Kurzarbeit in der Metallindustrie geführt. Aus der letzten Zeit ist eine Anzahl von Verschmelzungen von Industrie- und Bauunternehmungen zu verzeichnen. In der Automobilindustrie ist eine Interessengemeinschaft zwischen den Automobilfabriken Benz und Daimler zustande gekommen. Auch in der Metallindustrie schreitet der Konzentrationsprozeß vorwärts. Ein Zusammenschluß der gesamten deutschen Industrie der Nichteisenmetalle vom Erzbergbau über die Verhüttung bis zum Galzeng ist in Aussicht genommen.

### Von der Keramikindustrie.

Geschäftslage. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ war die Geschäftslage im April gegen den Vormonat unverändert. Zum Teil lag eine verhältnismäßig befriedigende Zahl von Beschäftigten an Gebrauchsgeschirren bei den Fabriken, die Qualitätswaren herstellen, vor. Weniger günstig waren die Aufträge für Stapelwaren oder Porzellanwaren zu mittleren Preisen. Die Ausfuhr ließ stark zu wünschen übrig. — Die Beschäftigung der Luxusporzellanindustrie ist nicht befriedigend, der Inlandsabfab stock vielfach vollständig, im Ausland Wettbewerb der Tschechoslowakei, stellenweise auch Dänemarks, stark fühlbar. — Die Nachfrage nach Puppenköpfen liegt völlig niedriger. — Die Steingutfabriken konnten im allgemeinen befriedigenden Absatz melden. Kapitalmangel hier auch noch hemmend der Wirkung. Für die Industrie des besetzten Gebietes trat die Erschwerung durch die Rheinbegrenzung hinzu wie durch die ungenügenden Beförderungsleistungen der Regiebahnen.

### Aus unserem Vernef.

#### Otto Kreckschmann †

Schmieberg (Niesengeb.). Unser Kollege Otto Kreckschmann ist plötzlich an den Folgen einer Bruchoperation verchieden. Er stand im rüstigsten Mannesalter und ist im Alter von 46 Jahren mitten aus seinem Schaffenskreis und seiner Familie dahingerafft worden. Der Verband verliert mit ihm einen treuen, gewissenhaften und gewandten Lokalangehörigen, die Zahlstelle Schmieberg einen rührigen Verwalter und die Kollegenschaft einen tüchtigen Vertreter, der sich aus diesem Grunde großer Beliebtheit erfreute. — Kreckschmann war vor dem Kriege und während des Krieges (1916—1918) Mitglied der Berliner Zahlstellenverwaltung, der er auch nach der Kriegsendigung wieder angehörte. Zu Beginn 1919 wurde er von dieser in den Hauptvorstand delegiert, besuchte als dessen Vize der Generalversammlung in Marktredwitz und erhielt im gleichen Jahr die Berufung nach Schmieberg, wo er neben seiner Tätigkeit noch andere Ehrenposten als sozialistischer Arbeitervertreter bekleidete. —

Wäge er in Frieden ruhen. Die Kollegenschaft wird ihm ein bleibendes Gedenken bewahren.

Schlierbach. Wie überall, so verfuht man nun auch in Schlierbach, getreu den Forderungen der Vereinigten deutschen Arbeitgeberverbände, mit allen Mitteln die einzelnen Rechte und Positionen, die sich die Arbeiterschaft in den Betrieben gesichert hatten, bei der ersten besten Gelegenheit wieder zu beseitigen. Als Ausdruck des Vorgehens der Direktion in Schlierbach in dieser Hinsicht wollen wir heute nur einen Fall besonders in die Defensivität bringen. Folgender Anschlag prangte am 29. April schon morgens bei Arbeitsbeginn, weil tags zuvor im Betriebe die Stimmung für die Feier am 1. Mai immer lauter wurde.

# † Sterbetafel †

**Rahla.** Eugen Müller, geb. am 30. 5. 1902, gest. Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.  
**Kloster Weilsdorf.** Edmund Gieseler, geboren am 6. 2. 1877, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.  
**Stuppelsdorf (Hüttensteinach).** Edwin Staudt, geboren am 26. 10. 1882, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.  
**Margarethenhütte.** Georg Schuster, Porzellanarb., geboren am 2. 2. 1870, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1920. — Emil Fraeßel, Formgießer, geboren am 18. 1876, gestorben durch Freitod. Organisiert seit 1920.  
**Drebrun.** Heinrich Meister, Maler, geboren am 25. 6. 1856, gestorben an Nierenleiden. Organisiert seit 1918.  
**Mühlstadt.** Paul Neubeck, Maler, geboren am 22. 1887, gestorben an Gefäßkrankheit und Gehirnleiden. Organisiert seit 1919.  
**Schirnding.** Georg Kaiser, Mobelleinrichter und Dreher, geboren am 29. Januar 1868, gestorben an Herz- und Gallensteinleiden. Organisiert seit 1912.  
**Schneg.** Heinrich Förtsch, Dreher, geb. am 19. 1867, gest. an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.  
**Ziefenfurt.** Berta Busch, Glasurerin, geboren am 21. 9. 1856, gestorben an Asthma und Nierenleiden. Organisiert seit 1919. — Josef Jabn, Maler, geboren am 6. 1871, gestorben an Leber- und Gallenleiden. Organisiert seit 1891. Mit Kollegen John verliert die Zahlstelle ein eifriges und tätiges Mitglied; er stand stets seinen Mann.  
 Ehre ihrem Andenken!

## Ausruhen!

Kollege Andreas Hoffmann, Weiden, ist schwer lungkrank und die Kollegin Käthe Seub, Wohenstrauß, vorzigem Jahre gelähmt. Beide sind arbeitsunfähig und starker Bedrängnis. Da sie auskosten sind und die Zahlstelle Weiden schon besetzt ist, unterstützt hat, werden die Schwesterzahlstellen gebeten, Spenden an den Geschäftsführer Kollegen Paul Herzer, Weiden, Sonnenstr. 80, zu senden.

**Sennigsdorf.** Die Zahlstelle Sennigsdorf bringt bei Kollegen Max Lau zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche dar. Kollege Lau gehört schon 30 Jahre der Organisation an.

**Margarethenhütte.** Dem Kollegen Adolf Scholz, Dreher die herzlichsten Wünsche zu seinem 30. jährigen Jubiläum unserem Verband. Zahlstelle Margarethenhütte.

## Geschäfts-Anzeigen.

Offertiere nach überwind. Inflation wieder prima Bengale, Gymococchwämme, groß und mittel, das kilo 80.— bis 150.— Gebirgsmark; billige Gymococ, aus kleinen und Mittelgrößen, das kilo 24.— G.-M., kleine u. mittlere Levantiner, Glasur- u. Garnungschwämme, das kilo 70.— G.-M., feinste gröbere Levantiner, das kilo 80.— bis 150.— G.-M., echte große prima Levantiner, Giesantentypen, das kilo 220.— G.-M., faustgroße, weiß prima Reif (auch f. Druckerlein geignet), das kilo 60.— G.-M. Reif od. Hartbeabschwämme, fort. Größen, d. kilo 35.— G.-M. Werbeschwämme, faust- bis kopfgroß, v. Std. 1.— d. 5.— G.-M. G. Miltelhorn, Schwammgroßhandel, Berlin G. 25, Prenzlauerstr.

## Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Chiffreleraten muß stets das Preisporto beigelegt sein, damit die Weiterbeförderung möglich ist.

Von deutschem Emailierwerk mit modern eingerichteter großer Malerei wird

## Obermaler

gesucht, welcher mit der modernsten Technik der Porzellan- und Emailier-Malerei vertraut sein muß und der außerdem auf dem Gebiete der technischen Malerei künstlerisch-schöpferische Begabung besitzt. (1055)

Bewerbungen unter „F. W. 1856“ an Invalidenbank, Frankfurt a. M.

Junger Dreher und perfekter Papierdreher, in allen Arbeiten firm, suchen sich zu verändern. Gest. Angebote unter „F. 82“ an die „Ameise“ erbeten.

Perfekter Formgießer, auch im Einrichten sehr gut bewandert, sucht Stellung. Gest. Angebote unter „F. 83“ an die „Ameise“ erbeten.

Porzellanbreher, tüchtige Kraft, sucht sofort Stellung in der Geschirrbrennerei. Gest. Offerten unter „F. 84“ befürden die „Ameise“.

**Inferate im Arbeitsmarkt** der „Ameise“ werden spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

Tüchtiger lediger

## Deformaler

auf Glasur findet dauernde Beschäftigung. Angebote unter Einbindung von Zeugnis an (107)

Emailierwerk  
 G. Schmeißer & Söhne  
 G. m. b. H.  
 Schramberg (Schwarzwald).

Gewandte

## Figuren-Staffierer

gesucht. (109)  
 Wiener Porzellanfabrik  
 Ungarn N. 6.  
 Wien II.

Gewandte

## Blumenmaler

solche, die in Staatsmann-fakturen gearbeitet haben, bevorzugt, werden gesucht

Wiener Porzellanfabrik  
 Ungarn N. 6.  
 Wien II. (108)

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

## Volksturlorge

Gewerkchaftl. - Genossenschaftlich  
 Versicherungs-Aktiengesellschaft  
 Hamburg 5.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Reisinger, Charlottenburg, Brabekstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Brabekstraße, Neubau. Druck: E. Kanitz & Söhne, Berlin SO., Gieselerstraße 23/24.

selbst liegt, gewerkschaftlich wieder empor zu kommen und auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse jenen Einfluß zu gewinnen, der bei einer kampffähigen gewerkschaftlichen Organisation vorhanden ist. Beschlossen wurde, nicht nur mit der notwendigen Aufbauarbeit in den Ortsgruppen sofort zu beginnen, sondern auch in aller nächster Zeit die Wahl der Betriebsausschüsse durchzuführen.

## Zur Beachtung der Zahlstellenverwaltungen!

Melbet bis zum 10. Juni, wieviel „Ameisen“ ab 1. Juli jeder Organempfangener haben muß.  
 Gebt, soweit wie möglich ist, ständige Adressen an.  
 Verständigt Euch mit den Familien, in denen mehrere Angehörige Mitglieder der Organisation sind, über geringere Beförderung.  
 Verachtet, ob die Sammelübersichtspakete (Bestellungen unter 66 Stück) abgeholt werden oder nicht.  
 Beachtet bei den Bestellungen, daß Sparbarkeit geübt werden muß.  
 Nähere Einzelheiten enthält die Bekanntmachung in Nr. 21 der „Ameise“.

## Redaktion und Verlag.

## Veranstaltungsberichte.

**Rahla.** In der Zahlstellenversammlung vom 21. Mai erstattete Kollege Weinhardt Bericht über die letzte Sitzung des Verbandsvorstandes und Rates. Ausführlich behandelte der Berichterstatter die gepflogenen Beratungen bezw. die erfolgten Beschlüsse bezüglich der Beitrags- und Unterstützungsregelung. An Hand der Verbandslistenberichte aus den Jahren 1900 bis 1914 wies der Vortragende nach, daß noch in keinem Jahre ein so geringer Durchschnittsbeitrag gezahlt worden ist wie gegenwärtig. Und im Gegensatz hierzu sind gegenüber den Vorkriegsjahren die Anforderungen an den Verband beachtlich gestiegen. Daß unter solchen Umständen die so bringen notwendige Gelandung der Verbandslistenverhältnisse hinausgezögert wird, müßte jedem Einflichtigen einleuchten. Diese Erkenntnis und der Wille, recht bald zu ausreichenden Mitteln zu kommen, sei auf der letzten gemeinschaftlichen Tagung einmütig zum Ausdruck gekommen und nur das einmütige Streben, dem Verbandsrat, das heißt den Mitgliedern zu dienen, habe die Tagungsteilnehmer bei ihren Beratungen geleitet und ihnen ihre Beschlüsse fassen lassen. Kollege Weinhardt verhehlte nicht, daß alle Sitzungsteilnehmer zum Ausdruck gebracht haben, daß die Arbeiterschaft gegenwärtig unheimlich schwer belastet wird durch Steuern, Sozialversicherung und andere, und daß diese Belastung doppelt fühlbar drückt bei der abgesehen unzureichenden Entlohnung und der im umgekehrten Verhältnis stehenden Preisbildung für Artikel des täglichen Bedarfs. Aber unter demselben Druck stände auch der Verband und dieser Druck bringt der Organisation eine gewisse Unsicherheit, die sich ungünstig für die Mitglieder auswirken muß. Wenn alle Mitglieder diese Einsicht und Erkenntnis gewinnen, dann wird ihnen die durch die letzten Beschlüsse angelegte Pflichterfüllung nicht schwer fallen und der Verband wird recht bald zu dem notwendigen Kampffonds kommen. Alle Redner äußerten sich zustimmend und nahmen dadurch die Verpflichtung auf sich, für die restlose Durchführung dieser Beschlüsse zu sorgen.

**Schorndorf.** Die Zahlstellenversammlung vom 15. Mai war verhältnismäßig gut besucht. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde zu der Beitragsfrage Stellung genommen. Von sämtlichen Rednern wurde nachdrücklich betont, daß in Anbetracht der überaus ernsten Zeit von allen Mitgliedern erwartet werden müsse, daß die Verbandsbeiträge entsprechend dem Verdienst in der vollen Höhe abgeführt werden. Dasselbe hat auch Geltung für die für den Monat Mai festgesetzten Extrabeiträge, denn nur durch finanzielle Stärkung der Organisation ist es für die Zukunft möglich, den Kampf um bessere Lebensbedingungen erfolgreicher als bisher gegen das Unternehmertum führen zu können. Dazu ist aber weiter erforderlich, daß die Geschlossenheit sämtlicher Verbandsmitglieder von keiner Seite gelockert wird. Die einseitige politische Schreibweise der letzten Zeit in der „Ameise“ trägt diesem aber in keiner Weise Rechnung und wurde von sämtlichen Rednern auf das strengste beurteilt und zurückgewiesen. Folgende eingetragene Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die aufbesuchte Versammlung der Zahlstelle Schorndorf vom 15. Mai weist die Kommunistenhebe (Die Abwehr gegen gewerkschaftsschädigende Einwirkungen kommunistischer Instanzen ist keine Kommunistenhebe. D. Red.) in der „Ameise“ auf das entschiedenste zurück und legt energischen Protest dagegen ein. Sie verlanat nachdrücklich, daß in Zukunft berartige Verleumdungen (Dieser Vorwurf ist eine grobe Unwahrheit. D. Red.) eines großen Teils der Mitgliedschaft in politischer Beziehung unbedingt unterbleiben muß, denn es kann nicht geduldet werden, daß die hauer verdienten Großen der Mitglieder dazu verwendet werden, politisch anders Gesinnte auf die schäblichste Art und Weise zu bekämpfen. Die Versammlung ist weiter der Ansicht, daß politische Auseinandersetzungen nicht in der Gewerkschafts-, sondern in der Parteipresse auszutragen sind. Wenn die Schreibweise in der „Ameise“ in dieser Beziehung in der Zukunft nicht geändert wird, verachtet die Versammlung auf den weiteren Bezug derselben. Wir fordern sämtliche Zahlstellen, die mit uns einig sind und die die innere Geschlossenheit unserer Organisation erhalten und noch weiter festhalten wollen, auf, sich unserem Protest anzuschließen. (Siehe „Die Pflicht zur Abwehr“ D. Red.)  
 Vorstehender: Ernst Ostertag.  
 Der Schriftführer: Adolf Stober.“

## Briefkasten.

Neuzugelt, Stahl u. a. Die Mehrbestellungen der „Ameise“ für Monat Juni können leider nicht berücksichtigt werden, da der Juni nur die Abonnenten das Blatt frei erhalten. Bezahlem sollen die Postgebühren und die kostspieligen Uebertragungen im letzten Monat eines Vierteljahres — die Gebühren u. a. Änderungen müssen stets für 1 Vierteljahr voll bezahlt werden — gepart werden. Es wird gebeten, durch Birkulation „Die Ameise“ den Interessenten zuzuführen und sich für Juni anderweitig zu besorgen.

## Adressenänderungen.

**Sorberg.** Vorstehender Herrmann Maier, Formgießer.  
**Walzenburg.** Büro des Porzellanarbeiterverbandes Walzenburg (Schleien) Auenstraße 17 b. Vorstehender Martin Hirsch, Geschäftsführer, Walzenburg, Auenstr. 17 b. Kassierer Wilhelm Lantermann, Geschäftsführer, Walzenburg, Auenstraße 17 b.  
**Walzenbach.** Vorstehender und Kassierer Georg Bauer, Formgießer, Finkenbühlstr. 3.

## Veranstaltungs-Anzeigen.

Welter. Zahlstellenversammlung am Mittwoch, den 4. Juni, im Lokal. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben.

am schwarzen Brett unseres Betriebes: „Da der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist und ein großer Teil der Belegschaft finanziell in Not geraten ist, so halten wir es für zweckmäßig, in gewohnter Weise zu arbeiten. Wer an diesem Tage nicht zur Arbeit erscheint, ist gemäß § 123 der Gewerbeordnung fristlos entlassen.“ Eine Neueinstellung der am 1. Mai Feiernden erfolgt erst vom 5. Mai ab und wird je nach Bedarf durchgeführt. Wer Terror ausübt oder versucht, Leute an der Arbeit zu verhindern, wird fristlos entlassen.“ Diese Bekanntmachung dürfte jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin zeigen, wohin der Weg geht. Lesen wir den ersten Satz dieses Aufschlages, so könnten wir glauben, daß die Arbeitgeber wirklich um ihre Arbeiter besorgt seien, denen ausgerechnet durch Arbeit am 1. Mai für immer geholfen werden könnte, obwohl ihnen aber zu gleicher Zeit erklärt wird, daß die bekannten, zu Unrecht abgezogenen 3 Proz. nicht nachbezahlt werden. Lesen wir aber weiter, so sehen wir gleich das wahre Gesicht dieser Herren auch in Schlierbach, denn uneingeschränkte Macht und brutales Vorgehen gegen die, welche ihnen für Bestleistung ihre Arbeitskraft hingeben müssen, über die, welche ihnen jahraus, jahrein Werte und Reichtümer verschafft und mit dazu beigetragen haben, den Aufschwung zu genießen, den die Wächtersbacher Steingutfabrik heute in der Welt hat. Das ist ihr Bestreben und hier scheint man selbst vor den allerniedrigsten Mitteln nicht zurück. Nachdem sich die Unternehmer auch hier nur eine Reservearmee von Arbeitslosen geschaffen haben, gehen sie schon so weit und versuchen sogar, dem Betrieb jedes Recht und jede Gelegenheit zu nehmen, auf Grund des Betriebsrätegesetzes für die Arbeiterschaft einzutreten. Einige Meister helfen dann noch feste mit, einzelne Arbeiter, die ihr Recht trotz alledem beanpruchen und vertreten, damit abzufertigen, indem sie mit Ausprüchen um sich werfen, wie z. B.: „Wir sind mit niemand verheiratet“, „Wem's nicht paßt, der kann gehen“ usw. Hoffentlich erkennt die Arbeiterschaft von Schlierbach und Umgebend, um was es geht, und daß man das System von vor dem Kriege wieder einführen möchte, bei dem nur noch die Peitsche gelehrt hat. Hoffentlich denkt die Arbeiterschaft noch daran, daß sie sich nach dem Kriege doch etwas freier in den Betrieben gefühlt hat als vor dem; und deshalb hat sie fest zu Curer Organisation und kämpft mit ihr.

**Schwäbisch-Gmünd.** Die Porzellanfabrik Schwäbisch-Gmünd H.-G. hat am 12. Mai ihren Betrieb mit der Begründung geschlossen, daß die Aktionäre (Sollländer) kein Geld mehr bereitstellen, so daß die Arbeiter keinen Lohn mehr erhalten könnten.

**Walzenburg.** Eine Firma, bei der Differenzen ein Dauerzustand sind, ist die Firma Krister. Besonders seit die Fa. Rosenthal in Selb die verschiedenen „Betriebsverbesserer“ nach Walzenburg kommandiert hat, kann man allerlei erleben. Wenn's sonst nichts zu „verbessern“ gibt, verbessert einer den anderen. 6 oder 7 Direktoren oder ähnliche „Größen“ auf den Betrieb losgelassen — da kann man sich vorstellen, wie sich die Arbeiterschaft mit ihnen herumärgern muß. Manchmal gibt's einen Heidenpaß dabei, wenn einer dem anderen in die Parade gefahren ist. Dann werden Stoßseufzer laut: Gehen Sie zu L., ich sage überhaupt nichts mehr! — Der Zustand, wenn ein halbes Duzend Reformmütterchen „ohne die nötige Größe“ — frei nach Wollmann —, aber mit desto mehr Schneid den Betrieb vor dem drohenden Bankrott retten wollen! Was da alles „zum Teufel“ und sonstwohin geht. Die Arbeiterschaft muß dafür desto mehr herhalten. Zum Donnerweiter, irgendwie muß man sich bündeln, seine Unentbehrlichkeit und Nützlichkeit beweisen. Also — ran an die Arbeit! (D. h. an die Arbeiter!) Die Preise sind zu hoch, viel höher als anderswo, bei Rosenthal gibt's nur die Hälfte, also ein Reformierungsfeld i. schon entbedt. Wenn auch die Löhne weit unter Tarif stehen, wenn auch die Verdienste d. L. um die Hälfte geringer sind, als in anderen Fabriken, es wird weiter reformiert. Wird nichts verbient, sind „natürlich“ nur die Leute schuld, die leisten eben nichts. Kürzlich mußte die Druderei erst durch einen Streik die Durchführung eines Schiedspruches erzwingen, der das tarifwidrige Verhalten der Firma feststellte und den die Direktion auf Anraten des Arbeitgeberverbandes sogar angenommen hatte. Jede vernünftige Verhandlung ist ausgeschlossen — alles geht vor die Instanzen und stets fällt die Firma Krister hinein. Viele Köche verderben den Brei, heißt es! Aber die Krister-Köche bringen bestimmt nicht mal einen verdorbenen Brei auf, bis jetzt wenigstens war's nur Krüddelmuddel. Im Walzenburger Rathauskeller, wo immer die Schiedsamtverhandlungen gegen die Firma stattfinden, steht ein schöner Spruch an der Wand. Er lautet: „Und bei Polanenstößen, die eitel Wind, laßt uns lachen über die „Größen“, die keine sind!“

Das Drudereipersonal der Firma Krister konnte kürzlich nach fast zweiwöchentlichem Streik die Arbeit wieder aufnehmen. Der Streik hat die Firma zu einer weitgehenden Anerkennung der berechtigten Forderungen gezwungen und brachte damit den Streikenden einen vollen Erfolg. Die Einigkeit und Haltung der Arbeiterinnen im Kampfe war tabellos. Ueber die Dauer der Nachzahlung der erhöhten Löhne wird das Tarifschiedsamt entscheiden.

**Nieder-Salzbrunn.** Wegen Lohnforderungen sind bei Ohme 3 Formgießer gemargregelt worden. Zugang von Formgießern, Einrichtern und Modellabgebern ist strengstens fernzuhalten.

## Tätigkeit anderer böhmischen Bruderverbandes.

Die im nordböhmischen Industriegebiet bestehenden Ortsgruppen der Keramarbeiter haben unter den Folgen der Wirtschaftskrise überaus stark gelitten. Aber auch die Tätigkeit in den einzelnen Ortsgruppen entsprach schon lange nicht mehr den Anforderungen, die an Gewerkschaften zu stellen sind. Das hat die Leitung des Verbandes der Keramarbeiter veranlaßt, für den 6. April 1924 eine Konferenz der Keramarbeiter Nordböhmens einzuberufen. Diese fand im „Arbeiterheim“ in Waffersdorf statt. Außer der kleinen Ortsgruppe Friebland waren sämtliche Zweigstellen des Verbandes vertreten. Für den Verbandsvorstand war Genosse Welter anwesend. In einer ausführlichen Aussprache wurden die Ursachen der Krise, die zum Rückgang der Organisation der Arbeiter der keramischen Industrie in Nordböhmen geführt haben. Die einzelnen Teilnehmer der Konferenz schilderten die Verhältnisse in den in Betracht kommenden Betrieben. Dort, wo die gewerkschaftliche Organisation stark zurückgegangen ist, herrschen Zustände, die tief bedauerlich sind. Die erreichbaren Löhne sind unter dem tarifmäßigen Mindestlohn, Inwieweit man länger beschäftigt, als durch das Gesetz zugelassen ist, und selbst die achtstündige Arbeitszeit wird in einzelnen Unternehmen unter Mitwirkung der Arbeiter überschritten. Betriebsschiffe gibt es in einzelnen Betrieben ebenfalls keine. In Schlierbach haben die Dreher, Maler und Gürtler noch unter der Organisation, weniger heftig sich die Brennbauer und Hilfsarbeiter. In Pegewald ist die Organisation „sensu lato“ eine gute, nur hat deren Tätigkeit unter dem schlechten Geschäftsgange zu leiden gehabt. Nicht zuletzt aber haben am Abflauen der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Kerambetrieben die Gefahren viel verschuldet, die planmäßig gegen die gewerkschaftliche Organisation überhaupt unternommen worden sind. Es geht nun einmal nicht anders, als daß Verbandsratsbeschlüsse überall eingehalten werden müssen, denn jede unzulässige Verletzung solcher Beschlüsse wirkt zerlegend und färend. Vor allem aber muß mit der gewerkschaftlichen Kleinarbeit in den verschiedenen Kerambetrieben wieder ordentlich eingeleitet werden, wenn sich die verstreuten Ortsgruppenvertreter auch leicht erklären. Sie müssen zeigen, daß die gewerkschaftliche Organisation ihre Pflicht unter den schwierigsten Verhältnissen voll erfüllt habe und es nun an den Arbeitern in Nordböhmen